



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Ruedorffer, J. J.: Die Entwicklung der nationalen Tendenzen in
Österreich-Ungarn

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Die Entwicklung der nationalen Tendenzen in Österreich-Ungarn

Von J. J. Kuedorffer



on den großen modernen Kulturstaaten gibt es heute nur einen, der nicht auf die Einheit eines Volkes gestellt ist und nicht Nationalstaat ist, Österreich-Ungarn. Wenn man die moderne Zeit mit der Entdeckung der Nation und ihrer Verbindung mit dem Staatsbegriff entstehen läßt, so stünde der österreichisch-ungarische Staat in ihr als Überbleibsel des Mittelalters allein. In der Tat ist sein konstruktiver Typus für die Staaten des Mittelalters insofern charakteristisch, als in ihnen ebenso wie in Österreich-Ungarn das Einigende die Dynastie und nicht das Nationale war. Heute ist er einzige Ausnahme und zeigt als solcher, wie neu und mächtig die Bewegung ist, welche die Nationalstaaten schuf. Die österreichisch-ungarische Monarchie umfaßt eine bunte Menge von Völkerschaften. Deutsche, Ungarn, Tschechen, Polen, Slowenen, Kroaten, Italiener, Ruthenen, Rumänen. Diese Völker sind geeint unter dem Zepher des Hauses Habsburg. Was sie zusammenhält, ist die staatliche Organisation und eine in Jahrhunderten herangewachsene und mit zweifellosem Geschick herangebildete Anhänglichkeit an eine Dynastie. Vor dem Erwachen der nationalen Bewegung in der Welt war das bunte Gemisch ohne außergewöhnliche Schwierigkeit zu regieren. Mit der Mitte des vorigen Jahrhunderts begannen die Schwierigkeiten. Das Haus Habsburg mußte seinen deutschen Einfluß an Preußen, seine italienischen Besitzungen an Piemont abgeben und so seinen Tribut an die nationalen Bewegungen zahlen, die sich in diesen Gebieten entfalteten und im Rahmen des österreich-ungarischen Staats keine Erfüllung ihres Lebenswillens finden konnten. Die Lombardei gravitierte nach Piemont; und gegen die natürliche

Kraft dieser Bewegung war jede künstliche Gewalt machtlos. Die italienischen Grenzbezirke, die der österreichisch-ungarischen Dynastie verblieben, gravitieren auch heute noch nach Italien; und wenn dem Triester und Trienter Irredentismus, der zwar der inneren Politik der Monarchie immer steigende Schwierigkeiten macht, nicht die gleiche Bedeutung für die auswärtige Politik zukommt wie der ehemaligen lombardischen Frage, so liegt das nicht an der Schwäche der nationalen Bewegung, sondern auf der einen Seite an einer Reihe politischer Faktoren, welche das Königreich Italien und die Donaumonarchie einander näherten, auf der anderen Seite an dem geringen Raum der strittigen Gebiete, deren Bevölkerung überdies zum Teil mit Elementen anderer Nationalität durchsetzt ist. Von dem deutschen Besitz verblieben dem Hause Habsburg seine alten Stammlande, die durch Jahrhunderte treubewahrter Erinnerung wie kein anderer Teil der Monarchie mit dem stammverwandten Herrscherhause verbunden sind. Hier hat sich keine der österreichisch-ungarischen Politik irgendwie gefährliche zentrifugale Tendenz entwickelt; die Gründe dafür wird man in der partikularistischen Eigenart der Deutschen und in dem Umstande zu suchen haben, daß die große Mehrheit der österreichischen Deutschen katholisch, die Vormacht des Deutschen Reiches das protestantische Preußen ist. Zudem läßt das enge Freundschaftsverhältnis zwischen beiden Staaten, die nun schon beinahe vier Jahrzehnte in allen Fragen Schulter an Schulter stehen, einer solchen Bewegung keinen Raum. Wenn indes gesagt wird, daß das Bündnis beider Staaten nicht nur auf ihren Interessen, sondern auch auf dem nationalen Empfinden der Deutschen Österreichs ruht, und daß eine österreichisch-ungarische Regierung, welche ihre Politik gegen das Deutsche Reich orientieren würde, dabei den Beifall der deutschen Bevölkerung der Monarchie nicht finden würde, so ist damit die latente Wirksamkeit einer nationalen Bewegung auch in diesem Falle anerkannt.

Die wachsende nationale Tendenz hat Österreich-Ungarn aus Deutschland und Italien verdrängt. Seit jener Zeit ist die Auseinandersetzung mit der nationalen Tendenz zum eigentlichen Inhalt der österreichisch-ungarischen Politik geworden. Sie ist immer schwieriger geworden und ist heute schlechtweg das Problem dieser Politik. Die verschiedenen Völkerschaften, die früher unter dem Zepher Habsburgs schlecht und recht nebeneinander wohnten, sind immer unvertäglicher geworden; überall haben sich die Gegensätze verschärft, die Reibungsflächen vermehrt. Des Haders ist kein Ende. Auch die Formen und Mittel des Kampfes werden schärfere. Immer neue Fragen tauchen auf oder in immer neuer Variationen die gleiche Frage. Und immer scheint sich nicht viel mehr tun zu lassen, als durch ein Kompromiß die Lösung zu vertagen. In irgendeinem der Parlamente der Doppelmonarchie ist immer irgendeine nationale Obstruktion, bald im böhmischen Landtag der Tschechen oder Deutschen, bald im ungarischen Reichstag der Kroaten oder Rumänen, bald im österreichischen Reichsrat der Slowenen, Ruthenen, Italiener. Und seit Jahren haben die

Zeitungen der Monarchie täglich Gelegenheit, sich mit irgendeinem Ausgleich zu beschäftigen.

So ist die innere Politik Österreich-Ungarns, gerade weil es kein Nationalstaat ist, das eindringlichste Beispiel von der Mächtigkeit der nationalen Bewegung, die die Welt erfasst hat. Diese Tatsache ist so unleugbar, daß es sich für unsere Zwecke erübrigt, bei den Einzelheiten dieses Schauspiels zu verweilen. Daß dieses zentrale Problem der österreichisch-ungarischen Monarchie auch ihre gesamte auswärtige Politik beherrscht und in dieser Abhängigkeit der Grund für eine gewisse Unbeweglichkeit und Passivität dieser Politik zu suchen ist, dafür bietet die Entwicklung der Balkankrise des Jahres 1913 einen schlagenden Beweis. Österreich-Ungarn konnte, wenn es den Drang zu Aktivität und Expansion in sich spürte und sich selbst für ausdehnungsfähig hielt, ohne Schwierigkeit eine der Gelegenheiten, die dieser Krieg bot, benutzen, um sich des Sandschak Novi-bazar und damit eines wachsenden Einflusses auf die Balkanangelegenheiten, vielleicht einer zukünftigen Hypothek auf den Weg nach Saloniki zu versichern. Es hat es nicht getan, sondern sich im Jahre 1908 mit der Annexion Bosniens als saturiert erklärt. Es hat niemals ernsthafte Pläne auf diesen vielbesprochenen Weg gehegt und jenen berühmten Drang nach den Osten nie verspürt. Es hat nach der Okkupation Bosniens die bosnischen Bahnen eingleisig und schmalspurig gebaut und schon dadurch gezeigt, daß ein Ausbau dieser Erwerbung nach Süden ihm ferne lag. Es hat sich im Jahre 1913 darauf beschränkt, die Entstehung eines Großserbiens durch die Ablehnung der serbischen Ansprüche auf ein Stück Adria-Küste zu verhindern und die Vergrößerung Serbiens durch die Schaffung eines notwendig serbenfeindlichen Albaniens auszugleichen. Auch dieses Motiv steht im Zusammenhang mit dem zentralen Problem der österreichisch-ungarischen Politik. Österreichische Zeitungen haben die Haltung der Monarchie in der Frage der serbischen Ansprüche auf die Adria-Küste damit begründet, daß die Existenz eines lebensfähigen Großserbiens für die Monarchie bedrohlich sei, weil dann die von Serben bewohnten österreichisch-ungarischen Landesteile, in erster Linie also Bosnien und die Herzegowina, ebenso nach diesem serbischen Nationalstaat gravitieren würden, wie einst die Lombardei nach Piemont gravitierte. Gegen dies politische Argument kann nichts eingewendet werden. Die Gegner der auswärtigen Politik der Donaumonarchie stellen die Frage, ob dieses Argument nicht die österreichisch-ungarische Politik hätte veranlassen müssen, auch die jetzige Vergrößerung Serbiens, namentlich die Entstehung der serbisch-montenegrinischen Grenze, zu verhindern; und erst die Zukunft, die zeigen wird, ob die Monarchie imstande ist, die Vereinigung der beiden stammverwandten und nun aneinandergrenzenden Länder in jedem Falle zu verhindern, kann eine solche Frage beantworten.

Das Anwachsen der nationalen Tendenzen und damit der zentrifugalen Kräfte in Österreich-Ungarn macht die österreichisch-ungarische Frage in vielen

Augen zu einem internationalen Problem der Zukunft. Viele, die mit der Eigenart des Landes nicht vertraut sind, sagen unter dem Eindruck der nationalen Streitigkeiten einen baldigen Verfall voraus. Die Frage, was aus Österreich-Ungarn werden soll, scheint vielen wie ein Alpdruck auf der Zukunft Europas zu liegen. Die Möglichkeit, daß Verwicklungen der Zukunft, vielleicht ein unglücklicher Krieg, diesen Befürchtungen recht geben und das heute noch für die internationale Politik latente Problem akut werden lassen, kann natürlich nicht bestritten werden. Diejenigen indes, die in dem steigenden Nationalismus einen inneren Zerfallsprozeß sehen, der einen baldigen Verfall auch ohne äußere Schicksale herbeiführen muß, übersehen einen wesentlichen Faktor. Das dynastische Band allein hätte schwerlich ausgereicht, das Völkerchaos auch nur bis heute staatlich zu einigen. Es müssen andere Faktoren in zentripetaler Richtung wirken. Das sind einmal die Sonderinteressen wirtschaftlicher, ideeller, politischer Natur, welche eine große Menge von den verschiedensten Nationalitäten angehörigen Einzelindividuen an die Einheit des Staates fesseln. Aber nicht nur Sonderinteressen persönlicher Art sind mit dem Bestand der Monarchie verknüpft, auch die Interessen der unter ihr geeinten Völker als Völker. Einzelne dieser Völkerschaften würden ohne die Monarchie nichts bedeuten, würden ohne sie als nationale Existenzen sich nicht halten können. Das ist zum Beispiel der Fall der Polen. Es ist bis zu einem gewissen Grade auch der Fall der Ungarn. Es ist der Fall der Tschechen. Für sie alle ist das Bestehen einer Großmacht Österreich-Ungarn nationale Existenzbedingung. Insofern ist die Steigerung des nationalen Lebenswillens der einzelnen Völkerschaften nicht gegen den Bestand der Monarchie gerichtet. Ja, man kann sagen, die stärkste und verlässlichste Stütze finde die Monarchie gerade in dem Lebenswillen der nationalen Völkerschaften, ja die Existenz des Gesamtstaates ermögliche den einzelnen Völkerschaften erst, sich in gegenseitigem Hader ohne das Risiko eigenen Schadens zu entfalten und zu bewahren. Auf diesem eigenartigen Verhältnis ruht die zähe Lebenskraft dieses seiner Natur nach zwar passiven Staates, und es kann leicht sein, daß heute noch ungeborene Diplomaten diese Fähigkeit noch in einer fernen Zukunft bewundern und bestaunen werden*).

*) Wir entnehmen diesen Aufsatz dem bei der Deutschen Verlagsanstalt in Stuttgart erschienenen Buche „Grundzüge der Weltpolitik“ (Band 2 des von Karl Lamprecht und Hans F. Helmolt herausgegebenen großen Sammelwerks „Das Weltbild der Gegenwart“, Einzelpreis 6,50 M.).
Die Schriftleitung





Streiflichter auf das deutsch-ungarische Problem

Von Gottfried Fittbogen



Das deutsch-ungarische Problem — vielleicht die komplizierteste Frage des gesamten Auslanddeutschtums — lenkt wieder die Blicke auf sich.

In der Gruppe der siebenbürgisch-sächsischen Abgeordneten für den ungarischen Reichstag ist es zu einem Konflikt gekommen, der latente Gegensätze offen in die Erscheinung treten ließ. In der Reichstags-sitzung vom 20. März 1914 hielt der sächsische Abgeordnete Wilhelm Kopony für seine Person — er betonte ausdrücklich, daß er nicht im Namen seiner Gruppe spreche, die bekanntlich der Regierungspartei beigetreten ist — eine Rede, in der er sich der südungarischen Schwaben annahm und deren Beschwerden über die von der Regierung betriebene Madjarisierungspolitik, übrigens in durchaus maßvoller und sachlicher Weise, vortrug. Diese Rede hatte zwei weitere Reden zur Folge: ein Vertreter der offiziellen sächsischen Politik rückte von Kopony ab und erklärte, die sächsischen Abgeordneten dächten nicht daran, die Angelegenheiten der Schwaben zu den übrigen zu machen; und der Ministerpräsident Graf Tisza selbst sprach sein Mißfallen über die Worte seines „Parteienossen“ Kopony sehr nachdrücklich aus und warnte die sächsische Gruppe sehr deutlich, in die Bahnen Koponys einzulenken. Damit war der Bruch gegeben: Kopony — zusammen mit seinem Gesinnungsgenossen Rudolf Braudsch — trat aus der sächsischen Gruppe aus, die ihn sonst unzweifelhaft aufgefordert hätte, die Beziehungen zu ihr zu lösen. Zwei Abgeordnete der „Grünen“ stehen nunmehr außerhalb der Gruppe der elf „offiziellen“ Sachsen.

Dieser Vorgang hat zu sehr lebhaften Erörterungen unter den Deutschen Ungarns geführt, und auch wir Reichsdeutschen haben allen Anlaß, ihm unsere Aufmerksamkeit zu schenken und nach den Motiven zu fragen, die diesem Streit zugrunde liegen.

Gegen die „offiziellen“ Sachsen ist von mehreren Seiten — auch in den weniger reichsdeutschen Blättern, die von den Vorkommnissen Notiz nahmen — mehr oder minder deutlich, der Vorwurf erhoben worden, daß sie aus beschränktem sächsischem Egoismus gehandelt und die gesamt-deutsche Sache der ungar-

ländischen Deutschen im Stich gelassen hätten. Was ist Wahres an diesem Vorwurf?

Gerade wir Reichsdeutschen, die wir nicht unmittelbar in dem Streit selbst stehen, haben dabei vielleicht den Vorzug, daß wir — lediglich infolge der größeren Distanz — die Dinge klarer, sozusagen staubfreier, sehen können als diejenigen, welche diese Meinungsverschiedenheiten durchzufechten haben.

Die Gründe dafür, daß die sächsische Gruppe es ablehnt, den deutschen Brüdern in Südbungarn, den „Schwabern“, irgendwelche Hilfe zu leisten, sind kurz zusammengefaßt in dem Mißtrauensvotum, das dem Abgeordneten Kopony bald nach jener Sitzung von seinen eigenen Wählern erteilt wurde*). Es sind in der Hauptsache diese: 1. „Die großen Massen der Banater Schwaben sind national noch indifferent. Von bewußtem Deutschtum ist bei vielen keine Spur. Es wird noch viele Jahrhunderte dauern, bis man von einem wirklich erwachten Deutschtum in Ungarn wird sprechen können“; 2. „Die bei den Banater Schwaben einsetzende, beginnende politische Organisation bewegt sich entschieden in oppositioneller Richtung“; 3. Bei den führenden madjarischen Staatsmännern stellt sich „die größte Nervosität ein, sobald die politische Organisation der Deutschen Ungarns in Frage kommt“. Wollten die Sachsen den Schwaben wirklich beistehen, so würden sie sich die rücksichtslosen Angriffe der madjarischen Regierung zuziehen und ihre eigenen Kulturgüter aufs Spiel setzen, ohne den anderen Deutschen Ungarns damit genützt zu haben. Das heißt: die einzig richtige sächsische Politik ist die Wahrnehmung der eigenen, der sächsischen Interessen; die Sachsen müssen die Schwaben sich selbst überlassen.

Gegen diese Argumentation läßt sich meines Erachtens Stichhaltiges nicht einwenden. Die sächsischen Abgeordneten, welche Mitglieder der Regierungspartei sind, können sich politisch nicht mit einer Oppositionspartei einlassen.

Aber auch die Argumente, welche Kopony und die Schwaben gegen diese Politik in das Feld führen, sind trotzdem nicht ohne weiteres von der Hand zu weisen; auch Kopony und die Schwaben vertreten berechnete Interessen. Da ist zuerst die außerordentliche Notlage hervorzuheben, in welcher sich die Schwaben befinden: sie haben, ebenso wie alle übrigen Deutschen in Ungarn, außerhalb Siebenbürgens ihre deutschen Gemeindegemeinschaften verloren und statt dessen madjarische und madjarisierende Staatsschulen erhalten; ihr Nachwuchs lernt nicht mehr ordentlich deutsch, ihre „Intelligenz“ wendet größtenteils dem Deutschtum den Rücken. Sie sehen, daß die Sachsen sich in besserer Lage befinden und halten es für selbstverständlich, daß die Sachsen ihnen dazu verhelfen müßten, wieder zu deutschen Schulen zu kommen. Sie übersehen aber, daß die Sachsen ihre Schulen selbst erhalten — sie kosten ihnen von altersher recht viel Geld — als Einrichtungen der Kirche, und daß dies die einzige Form ist, in der die Nationalitäten in Ungarn sich Schulen mit eigener Sprache, in denen das

*) Deutsch-ungarischer Volksfreund (Temesvár), 17. April 1914.

Ungarische aber als Fremdsprache gelehrt werden muß, halten können. Während also die Sachsen ihre deutschen Schulen von ihrem eigenen Gelde erhalten, wollen die Schwaben, daß in den Staatsschulen ihrer Gemeinden die deutsche Sprache eingeführt wird. Das ist natürlich sehr viel billiger — aber der Staat wird kaum dazu zu bringen sein. Jedenfalls haben die Sachsen nicht im mindesten die Macht, derartiges durchzusetzen. Es wäre vielmehr zu erwägen, ob nicht die Schwaben — wenigstens auf den Dörfern — zu dem Prinzip der eigenen Schulen, die von der Kirchgemeinde unterhalten werden, zurückkehren können. Wenn dieser Weg rechtlich zulässig ist, so käme es nur darauf an, die Bauern jeder Gemeinde mit der nötigen Opferwilligkeit zu erfüllen. Manche Versäumnis aus früherer Zeit wäre damit wieder gut zu machen.

Mit der schwierigen kulturellen Lage der Schwaben hängt es zusammen, daß sie, abgesehen davon, daß viele immer noch gleichgültig beiseite stehen, keine national führende Oberschicht haben: es besteht eine Kluft zwischen den Bauern und „Herrischen“. Seit einigen Jahren bildet sich in den freien Berufen eine deutsche Intelligenz, die auch die politische Führung der ungarländischen deutschen Volkspartei hat. Aber die Zahl dieser Männer ist noch zu klein; an vielen Orten fehlt den Bauern immer noch ein nationalbewußter Führer. Auch hier richten sich unwillkürlich die Blicke nach Siebenbürgen, und aus der Reihe der Schwaben erschallt die Forderung*): zu nationalen Führern der Schwaben „sollten sich möglichst viele siebenbürger Sachsen hergeben“.

Man sieht: wenn der Schwabe in Not ist, soll der Sachse helfen. Man hat ein außerordentliches Zutrauen zu dem, was die Sachsen leisten könnten, wenn sie nur wollten. Aber die Sachsen können nicht zaubern. Und auch die Schwaben können nicht zaubern. Auf keine andere Weise können sie ihre Lage bessern, als durch die mühsame, nüchterne, viel persönliche Opfer erfordernde Arbeit, die zu dem Aufbau der nationalen Organisation nötig ist. Diese nationale Selbstbefinnung, diese nationale Erneuerung von innen heraus hat bereits begonnen.

Nach Lage der Dinge müssen dabei die Schwaben ihren eigenen Weg gehen. Der Versuch, die Sachsen vor ihren Wagen zu spannen, wäre außerordentlich gefährlich; denn er würde die Sachsen schädigen, ohne den Schwaben zu nützen. Die „Deutsche Gemeinbürgerschaft“ kann von seiten der Schwaben vorläufig nur darin bestehen, daß sie die Sachsen nicht in den Augen der madjarischen Regierung kompromittieren.

Aber auf ganz andere Weise können die Sachsen gleichwohl die Lehrmeister der Schwaben werden: wenn nämlich die Schwaben bei der nationalen Organisation ihres Volksstammes die Methoden, welche die Sachsen in ihrer nationalen Schutzarbeit erstrebt haben, übernehmen und verbessern. Auch damit ist bereits der Anfang gemacht.

*) In derselben Nummer des Deutsch-ungarischen Volksfreundes.

Für die Sachsen und Schwaben kann es also gegenwärtig nur heißen: getrennt marschieren. Auf diese Weise dienen sie dem Deutschtum am besten.

Die „offizielle“ sächsische Politik treibt reale Gegenwartsarbeit im Dienst des Deutschtums; Wilhelm Kopony und sein Gefinnungsgenosse Rudolf Braudsch treiben Zukunftspolitik, auch im Dienst des Deutschtums.

Es gäbe eine ideale Lösung des gegenwärtigen Streites: beide Männer widmen sich ganz der Zukunftsarbeit. Das heißt: sie treten in die Reihen der Schwaben ein (Kopony hat bereits längere Zeit unter ihnen gelebt) und werden die politischen Führer der Schwaben. In einem Brief aus Westungarn werden sie bereits als die „Führer der Deutschen Ungarns“ begrüßt. Voraussetzung wäre vermutlich, daß die Schwaben ihnen die nötigen Mittel zur Verfügung stellen, damit sie ganz der nationalen Arbeit leben können. Daß die Schwaben dazu in der Lage sind, kann keinem Zweifel unterliegen. Sie müßten bei den nächsten Wahlen beide Männer als ihre Abgeordneten in den ungarischen Reichstag senden (gegenwärtig sind die schwäbischen Gegenden im Reichstag nur durch madjarische Abgeordnete vertreten!). Kopony und Braudsch aber müßten aufhören, Sachsen zu sein.

Dem in heutigen Ungarn kann man nicht zugleich Sachse und Schwabe sein, zugleich sächsische und schwäbische Interessen vertreten. Danach muß sich jeder deutsche Politiker richten. Hoffnungen und Wünsche sind eine schöne Sache, der Politiker aber hat mit den gegebenen Verhältnissen zu rechnen und in ihnen die Kunst des Möglichen zu üben.



Über Vererbung beim Menschen

Von Prof. Dr. Heinrich Poll

(Schluß)

Für die Bearbeitung und Auffindung von feineren Unterschieden, wie sie in Heft 19 näher gekennzeichnet wurde, darf die menschliche Erbforschung noch keineswegs als völlig reif gelten. Von heute auf morgen können aber doch derartige Beziehungen bereits aus scharfsinnigen Vermutungen zu greifbaren Theorien werden. Nahegerückt ist die Verwendung einer Subordinationsart für eine Anzahl von Erbfällen, zumal aus der Vererbung der Krankheiten und Anomalien: nämlich das konditionale Verhältnis der Einheiten. Dabei stellt Dasein oder Fehlen des einen Gens die Vorbedingung für das Wirken des anderen dar. Wird, z. B. bei angeborenem Haarmangel, überhaupt kein Haarkeid entwickelt, so wird die Einheit „kraushaarig“ niemals merklich wirken, trotzdem sie im Körper vorhanden und